



Daniela Neumann

**Bürgerengagement zwischen staatlicher  
Steuerung und zivilgesellschaftlicher  
Selbstorganisation**

Die Wirkung des bundespolitischen Bürger-  
gesellschaftsdiskurses auf die Etablierung  
einer deutschen Engagementpolitik

## Die Autorin

Daniela Neumann studierte Politikwissenschaft, Soziologie und Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit November 2010 ist die Autorin Doktorandin im Kolleg „Die Grenzen der Zivilgesellschaft“ des Max-Weber-Instituts für Soziologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg. In ihrer Doktorarbeit erforscht sie die Grenzen der politischen Steuerung freiwilligen Engagements.

Der vorliegende Beitrag geht auf einen Vortrag zurück, den die Autorin am 10.01.2012 im Rahmen der Vortragsreihe „Zivilengagement: Theorie, Geschichte und Perspektiven der Forschung“ im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) gehalten hat.

**Kontaktdaten:** Daniela Neumann, Max-Weber-Institut für Soziologie, Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, Bergheimer Straße 58, 69115 Heidelberg.  
Email: [daniela.neumann@soziologie.uni-heidelberg.de](mailto:daniela.neumann@soziologie.uni-heidelberg.de)

## Das Maecenata Institut

Das **Maecenata Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin** wurde 1997 als unabhängige wissenschaftliche Einrichtung gegründet. Das Institut hat die Aufgabe, das Wissen über und das Verständnis für die Zivilgesellschaft und den sogenannten Dritten Sektor mit den Themenfeldern Bürgerschaftliches Engagement, Stiftungs- und Spendenwesen durch Forschung, akademische Lehre, Dokumentation und Information sowie den Austausch zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis zu fördern. Das Institut versteht sich als unabhängiger Think Tank.

Das Institut ist eine nicht rechtsfähige Einrichtung der Maecenata Stiftung (München) und hat seinen Arbeitssitz in Berlin. Seit 2004 ist das Institut durch Vertrag in der Form eines An-Instituts an die Humboldt-Universität zu Berlin (Philosophische Fakultät III, Institut für Sozialwissenschaften) angegliedert.

Weitere Informationen unter: [www.institut.maecenata.eu](http://www.institut.maecenata.eu)

## Die Reihe Opuscula

Die Reihe **Opuscula** wird seit 2000 vom Maecenata Institut herausgegeben. Veröffentlicht werden kleinere Untersuchungen und Forschungsarbeiten sowie Arbeitsberichte aus Projekten des Instituts. Nach der Umstellung der Publikationsstruktur des Maecenata Instituts in 2008, ist die Reihe *Opuscula* neben den im Verlag Lucius&Lucius erscheinenden *Maecenata Schriften*, ein wichtiger Publikationsweg des Instituts. Die Registrierung dieser in elektronischer Form erscheinenden Reihe unter der ISSN 1868-1840, sowie die Vergabe von Einzelkennungen (URNs) durch die Deutsche Nationalbibliothek sorgen für eine beständige Verfügbarkeit. Eine Übersicht der neuesten Exemplare erhalten Sie auf der letzten Seite jeder Ausgabe.

Die gesamte Reihe *Opuscula* finden Sie zum kostenlosen Download unter: <http://www.opuscula.maecenata.eu>

## Impressum

### Herausgeber

MAECENATA Institut an der Humboldt-Universität zu Berlin,  
Wilhelmstr. 67, D- 10117 Berlin,  
Tel: +49-30-28 38 79 09, Fax: +49-30-28 38 79 10,

E-Mail: [mi@maecenata.eu](mailto:mi@maecenata.eu)

Website: [www.maecenata.eu](http://www.maecenata.eu)

**Redaktion:** Rupert Graf Strachwitz, Christian Schreier

**ISSN** (Web) 1868-1840

**URN:**urn:nbn:de:0243-042012op577



Alle Rechte vorbehalten! Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Dieses Werk bzw. Inhalt steht unter einer [Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland Lizenz](https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/).

**Die Beiträge** geben ausschließlich die Meinung der Verfasserin bzw. des Verfassers wieder.

**Haftungsausschluss:** Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernimmt das Maecenata Institut keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.

## Inhalt

1. Einleitung .....	3
2. Die Anfänge des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses in Deutschland.....	5
2.1 Methodisches Vorgehen und Diskursverständnis.....	5
2.2 Bürgerschaftliches Engagement als Heilmittel gesellschaftlicher Krisen .....	7
2.3 Die diskursive Konstruktion einer hohen Engagementnachfrage.....	8
2.4 Die diskursive Konstruktion eines hohen Engagementangebots .....	9
2.5 Zwischenfazit: Die Bürgergesellschaft als <i>Freiwilligen-Markt</i> .....	11
3. Die deutsche Engagementpolitik auf dem Prüfstand.....	13
3.1 Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) .....	13
3.1.1 Eckdaten .....	13
3.1.2 Die Bedeutung des <i>Freiwilligen-Markt</i> -Diskurses für das BBE.....	14
3.1.3 Das BBE zwischen Mobilisierung und Regulierung .....	15
3.2 Die Nationale Engagementstrategie .....	18
3.2.1 Eckdaten .....	18
3.2.2 Die Bedeutung des <i>Freiwilligen-Markt</i> -Diskurses für die Nationale Engagementstrategie .....	19
3.2.3 Die Nationale Engagementstrategie zwischen Mobilisierung und Regulierung.....	21
4. Fazit: Zum Verhältnis von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung im Engagementbereich.....	24
5. Literatur .....	26
6. Onlinequellen .....	27

## 1. Einleitung

Während vor der Jahrtausendwende Themen wie freiwilliges Engagement oder Bürgergesellschaft eher Randthemen des politischen Alltagsgeschäfts waren und überwiegend auf der kommunalen Verbands- und Vereinsebene diskutiert wurden, gehören sie seit dem Jahr 2000 zum festen Bestandteil des bundespolitischen Diskurses. Die Gründe für diese erhöhte Aufmerksamkeit können auf zwei Ursachenkomplexe zurückgeführt werden. Zum einen ging mit dem Regierungsantritt der rot-grünen Bundesregierung um Gerhard Schröder im Jahr 1998 ein – vom angelsächsischen „dritten Weg“ (Giddens 1999) beeinflusster – Wandel der Sozialstaatlichkeit in Richtung Aktivierung einher. Der aktivierende Sozialstaat beruht grundlegend auf einer neuen Verantwortungsteilung zwischen Staat und Gesellschaft und zielt auf die Wiederbelebung des Subsidiaritätsprinzips in dem Sinne ab, dass der gesellschaftlichen Selbstregulierung Vorrang vor staatlicher Aufgabenwahrnehmung eingeräumt wird. Vor diesem Hintergrund erleben bürgergesellschaftliche Themen seit der Jahrtausendwende nicht nur im politischen Diskurs, sondern auch de facto eine erhebliche Bedeutungsaufwertung, die sich in der Verabschiedung engagementspezifischer Programme und Maßnahmen widerspiegelt: Exemplarisch sei an die Initiierung des ersten Freiwilligensurveys 1999 durch das Bundesfamilienministerium (BMFSFJ), die Begehung des „Internationalen Jahres der Freiwilligkeit“ (IJF) 2001 und insbesondere an die Arbeit der Enquete-Kommission „Zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (Bundestags-Drucksache 14/8900 2002) erinnert. Seit dem Jahr 2000 kann folglich von der schrittweisen Etablierung einer Engagementpolitik auf bundespolitischer Ebene in Deutschland gesprochen werden (Hartnuß/Klein/Olk 2010).

Zum anderen ist der Wandel der Sozialstaatlichkeit im Sinne der Aktivierung untrennbar mit einem Wandel der Regierungstechniken verbunden. Gerade die Stärkung zivilgesellschaftlicher Kräfte ist mit Government im Sinne hierarchischer Steuerung des Staates unvereinbar. Direkte Steuerungsformen werden nunmehr ergänzt durch indirekte und weiche Regulierungsmechanismen, wie etwa Verhandlungsnetzwerke, Persuasion oder Diskursstrukturierung, die gemeinhin als Governance<sup>1</sup> bezeichnet werden. Die neuen Steuerungsmethoden sind besonders für den Bereich der Engagementpolitik entscheidend, da freiwilliges Engagement hier nicht *top-down* erzeugt werden kann, sondern der Mitarbeit zivilgesellschaftlicher Akteure bedarf. Der Prozess der Institutionalisierung einer deutschen Engagementpolitik ist somit grundlegend durch ein spannungsreiches Verhältnis zwischen

---

<sup>1</sup> Arthur Benz definiert Governance als eine „Kombination aus Hierarchie, Verhandlungen, Netzwerken, (...) Anreizmechanismen und Vereinbarungen im Zusammenwirken staatlicher und gesellschaftlicher Akteure“ (Benz 2004: 19).

staatlichen Steuerungsambitionen auf der einen und zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung auf der anderen Seite gekennzeichnet.

Der Fokus der folgenden Ausführungen liegt auf den bundespolitischen Regulierungsstrategien im Rahmen der Engagementpolitik und ihrer Auswirkungen auf die Gestaltungsspielräume zivilgesellschaftlicher Akteure. Diese Perspektive ist von besonderem Interesse, da, wie am Beispiel der Arbeitsmarktpolitik bereits ausführlich untersucht (u.a. Ludwig-Mayerhofer/Behrend/Sondermann 2009), modernes Regieren im Sinne der Aktivierung durch eine Dialektik aus *Mobilisierung* und *Regulierung* gekennzeichnet ist (Lessenich 2009: 137-139). Vor diesem Hintergrund beschäftigt sich der Beitrag mit der hochaktuellen Frage, ob und wie sich diese paradoxe Logik in den staatlichen Aktivierungsstrategien im Bereich der Engagementpolitik widerspiegelt und welche Konsequenzen sich daraus für das Verhältnis von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung ergeben.

Diese Fragestellung wird im Folgenden ausgehend von der Rekonstruktion des um die Jahrtausendwende einsetzenden bundespolitischen Engagementdiskurses anhand ausgewählter Beispiele der Engagementpolitik, konkret dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und der Nationalen Engagementstrategie, bearbeitet: (1) Für die bundespolitische Ebene werden zunächst die Ergebnisse einer Diskursanalyse zentraler, um das Jahr 2000 veröffentlichter Regierungsdokumente vorgestellt, die nach den verschiedenen Argumenten für die Förderung bürgerschaftlichen Engagements fragt. Hierbei steht die These im Mittelpunkt, dass durch die diskursive Konstruktion engagementspezifischer Angebots- und Nachfragestrukturen in bundespolitischen Engagementdebatten eine spezifische Deutung der Bürgergesellschaft erzeugt wird, die eine effektivere staatliche Regulierung derselben erlaubt, und die im vorliegenden Beitrag als *Freiwilligen-Markt* bezeichnet wird. Um den Zusammenhang zwischen sprachlichem Handeln und institutionellen Strukturen im Bereich der Engagementpolitik aufzeigen zu können, werden anschließend (2) das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und (3) die Nationale Engagementstrategie daraufhin untersucht, inwieweit diese den identifizierten bundespolitischen *Freiwilligen-Markt*-Diskurs in ihre Selbstbeschreibung integriert haben bzw. sich in ihrer Arbeit auf diesen berufen. (4) Danach gilt es, die Arbeitsweise des BBE und den Entstehungskontext der Nationalen Engagementstrategie entsprechend der erkenntnisleitenden Fragestellung des Beitrags dahingehend zu untersuchen, ob hier die für die staatliche Aktivierungsstrategie charakteristische Dialektik aus *Mobilisierung* und *Regulierung* zum Tragen kommt. (5) Abschließend werden die Konsequenzen thematisiert, die sich aus diesen Ergebnissen für das Verhältnis von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung im Bereich der Engagementpolitik ergeben.

## **2. Die Anfänge des bundespolitischen Bürgergesellschaftsdiskurses in Deutschland**

### **2.1 Methodisches Vorgehen und Diskursverständnis**

Die verbale Hochkonjunktur des Bürgergesellschaftsdiskurses und die Auseinandersetzung mit engagementspezifischen Themen auf der Ebene der deutschen Bundespolitik seit der Jahrtausendwende müssen immer vor dem Hintergrund der Vorbildwirkung einer Politik des „dritten Weges“ (Giddens 1999) im angelsächsischen Raum betrachtet werden. Im Falle Deutschlands gilt es zudem zu berücksichtigen, dass die seit den 1990er Jahren zunehmenden Klagen der wertgebundenen intermediären Organisationen deutscher Wohlfahrtsstaatlichkeit, d.h. der Kirchen, Wohlfahrtsverbände, Parteien oder Gewerkschaften, über abnehmende Mitglieder- und Engagiertenzahlen ebenso die politische Hinwendung zu diesen Themen begünstigt haben (Brömme/Strasser 2001). Die folgenden Ausführungen widmen sich der in diesem Zusammenhang zumeist vernachlässigten Perspektive, wonach die staatliche Neuerschließung des Engagementfeldes nicht nur von einer diskursiven Bedeutungsaufwertung der Bürgergesellschaft im politischen Alltag begleitet, sondern durch diese erst ermöglicht und legitimiert wurde. In diese Richtung verweisen zumindest die Ergebnisse der explorativ angelegten Diskursanalyse zentraler, zwischen 1998 und 2002 veröffentlichter Regierungsdokumente der rot-grünen Koalition, die im Folgenden vorgestellt werden.

Dem Beitrag liegt somit ein Diskursverständnis zugrunde, das Diskurse nicht nur als Mittel der Kommunikation betrachtet, sondern ihnen gerade im politischen Kontext bei „questions of power, social identity and patterns of relationship.“ (Newman 2001: 29) eine erhebliche Bedeutung zuschreibt. Diskurse haben zwar keinen unmittelbar determinierenden Einfluss auf den Policy-Prozess, können aber Wissen organisieren, Probleme definieren und zu spezifischen Lösungsvorschlägen führen. Aus der Annahme, dass die in bundespolitischen Diskursen produzierten Deutungen als Anleitung und Legitimation für soziales und politisches Handeln fungieren (Schwab-Trapp 2001, 2002), folgt wiederum, dass die Förderung eines bestimmten Diskurses als ein Akt politischer Steuerung verstanden werden kann.

Bevor die Ergebnisse der Diskursanalyse im Einzelnen präsentiert werden, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es sich beim bundespolitischen bürgergesellschaftlichen Diskurs um ein diskursiv umkämpftes, plurales Feld handelt, weshalb im Folgenden lediglich der dominante Diskursstrang vorgestellt wird. Ziel der Diskursanalyse war es, die Argumente zu identifizieren, mit deren Hilfe bürgergesellschaftliche bzw. engagementspezifische Themen um die Jahrtausendwende auf die politische Agenda gelangten. Vor diesem Hintergrund umfasst die Stichprobe ausgewählte, in der ersten Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung zwischen 1998 und 2002 veröffentlichte Dokumente. Der

Untersuchungszeitraum beschränkt sich auf diese vier Jahre, da hier die Grundlagen für eine Engagementpolitik auf bundespolitischer Ebene gelegt wurden. Die diskursanalytisch erfasste Stichprobe besteht aus elf Reden, die von prominenten politischen Vertretern der rot-grünen Regierungskoalition zwischen 1998 und 2002 zum Thema bürgerschaftliches Engagement, z.B. im Rahmen des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ 2001, auf engagementspezifischen Preisverleihungen oder anderen Veranstaltungen, gehalten wurden. Zu den Rednern zählen der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder, die damalige Bundesfamilienministerin Christiane Bergmann sowie der Staatssekretär des Bundesfamilienministeriums Peter Haupt. Außerdem beinhaltet die Stichprobe eine Rede des damals amtierenden Bundespräsidenten Johannes Rau. Die Diskursanalyse konzentriert sich bewusst auf Beiträge wichtiger politischer Persönlichkeiten, da diese als „diskursive Eliten“ Diskurse anregen und so „zur Institutionalisierung neuer oder zur Veränderung bestehender kollektiv mehr oder weniger anerkannter Sichtweisen“ beitragen können (Schwab-Trapp 2002: 56).<sup>2</sup>

Diskursanalytisch erfasst wurden ebenso der programmatische Artikel Gerhard Schröders (2000a) zur „zivilen Bürgergesellschaft“ sowie Auszüge aus dem ersten Freiwilligensurvey (Rosenblatt 2000) und aus dem 2002 vorlegten Abschlussbericht der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Bundestags-Drucksache 14/8900 2002). Des Weiteren enthält die Stichprobe eine vom Presse- und Informationsamt der rot-grünen Bundesregierung herausgegebene Broschüre mit dem Titel „Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar“ aus dem Jahr 2001, in der u.a. auf die wichtigsten rechtlichen Neuregelungen der Bundesregierung im Engagementbereich aufmerksam gemacht wird.

Nach der Vorstellung des auf Grundlage der genannten Dokumente identifizierten Diskursstrangs wird dessen Wirkung auf die schrittweise Etablierung einer deutschen Engagementpolitik im Zeitraum zwischen 2002 und 2010 am Beispiel des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement und der Nationalen Engagementstrategie untersucht. Hierzu werden das Profil, die Statuten und die engagementpolitische Agenda des BBE sowie die Druckfassung der Nationalen Engagementstrategie daraufhin geprüft, inwieweit diese die Argumente des dominanten politischen Diskurses in ihre Selbstbeschreibung integriert haben bzw. sich in ihrer Arbeit auf diesen berufen.<sup>3</sup>

---

<sup>2</sup> Da die Diskursanalyse lediglich öffentlich zur Diskussion gestellte Deutungsangebote analysiert, kann sie folglich weder Aussagen über individuelle Deutungsschemata noch über die Aushandlung von Positionen im nicht-öffentlichen Raum machen. Mittels dieser Methode ist es folglich nicht zu entscheiden, ob die öffentlich präsentierten Argumente den „wahren“ Intentionen der Diskursträger entsprechen. Entscheidend ist vielmehr, dass die genannten Argumente von einer politischen Praxis begleitet werden, „die diese Argumente in ihrem Handeln als Gründe für ihre Entscheidungen ausweist“ (Schwab-Trapp 2002: 47).

<sup>3</sup> Die systematische Aufarbeitung der Ergebnisse erfolgte mit Hilfe der Software Maxqda.

## 2.2 Bürgerschaftliches Engagement als Heilmittel gesellschaftlicher Krisen

Die diskursanalytische Auswertung der genannten Dokumente hat ergeben, dass nahezu alle Veröffentlichungen die Notwendigkeit der Förderung bürgerschaftlichen Engagements<sup>4</sup> mit der Krisenhaftigkeit zentraler gesellschaftlicher Makrostrukturen begründen, die eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Potenziale unumgänglich erscheinen lassen. Zu den immer wieder aufgegriffenen Krisenphänomenen gehören die Krise des Sozialstaates, die Krise der Arbeitsgesellschaft und die Krise der Demokratie.

Eine Krise des Sozialstaates wird in den untersuchten Dokumenten zumeist auf Finanzierungsmängel und Überbeanspruchungstendenzen zurückgeführt (Bundestags-Drucksache 14/8900 2002: 47). Diese Probleme sind nach Ansicht von Gerhard Schröder (2000a: 204) nur dann zu lösen, wenn die Verantwortung für das Wohlergehen der Gesellschaft nicht mehr allein einem omnipräsenten Staat überlassen werde und sich die Bürger als kooperative Partner in die Wohlfahrtsproduktion einbringen würden. In diesem Kontext betonen die untersuchten Dokumente besonders die spezifische Produktivität und Kreativität des bürgerschaftlichen Engagements, das zur Entlastung des Staates im Rahmen einer neuen Verantwortungsteilung beitragen könne (u.a. Rau 2000; Schröder 2000a: 206). Die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements entspricht somit dem neuen aktivierenden Staatsverständnis, denn was „die Gesellschaft besser lösen kann, das muss, das soll der Staat nicht selbst machen“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 1).

Die Krise der Arbeitsgesellschaft wird zumeist auf die hohen Arbeitslosenzahlen, das Verschwinden der Normalerwerbsbiographie und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte zurückgeführt (Schröder 2000a: 201-202). Diese Krisenerscheinungen werden nach Ansicht der untersuchten Dokumente deshalb als so schwerwiegend eingeschätzt, da „die Erwerbsarbeit ein zentrales Moment nicht nur der gesellschaftlichen Anerkennung ist, sondern auch der Selbsteinschätzung, ja, der menschlichen Würde überhaupt“ (Schröder 2000a: 202). Die Förderung bürgerschaftlichen Engagements wird demgegenüber zu einem vielversprechenden Weg aus dieser Krise stilisiert. So sprechen die analysierten Dokumente gerade der Brückenfunktion des bürgerschaftlichen Engagements eine erhebliche Bedeutung zu: Beim Übergang von der Erwerbslosigkeit zurück in den ersten Arbeitsmarkt oder in anderen Lebensphasen könne Freiwilligenarbeit dazu beitragen, bestehende

---

<sup>4</sup> Freiwillige Tätigkeiten, die in der Freizeit ohne Bezahlung zumindest partiell für Personen außerhalb des eigenen Haushaltes erbracht werden, werden im Rahmen des Beitrags aus pragmatischen Gründen unter den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements subsumiert, da die diskursanalytisch untersuchten politischen Dokumente ausnahmslos auf diesen Terminus Bezug nehmen. Aus ebendiesen Gründen folgt der Beitrag zudem der verkürzten Gleichsetzung von Bürgerengagement und Bürger- bzw. Zivilgesellschaft. Dies ist allerdings nicht unproblematisch, weshalb außerhalb dieses Kontextes eine erhöhte Sensibilität gefragt ist sowohl bei der inhaltlichen Differenzierung des Gegenstandes als auch bei der begrifflichen Einordnung, die auf eine geradezu reflexartige Verknüpfung jeder freiwilligen Tätigkeit mit dem Attribut bürgerschaftlich verzichten sollte (Evers 2009a).

Kompetenzen zu bewahren, zu erweitern sowie neue Kenntnisse zu erwerben (vgl. Bundestags-Drucksache 14/8900 2002: 54).

Die diskursanalytischen Befunde zeigen, dass der Demokratie-Aspekt freiwilliger Tätigkeiten in der Diskussion um die Förderung bürgerschaftlichen Engagements eher eine untergeordnete Rolle einnimmt. In den untersuchten Veröffentlichungen wird zwar verschiedentlich auf demokratische Krisenerscheinungen verwiesen, doch gehen diese mit einer erheblichen Subjektivierungstendenz einher. So führt Gerhard Schröder diese überwiegend auf die mangelnde demokratische Beteiligungsbereitschaft und Politikverdrossenheit vieler Bürger zurück (Schröder 2000a: 200-201, 2001) und spricht die institutionellen Gegebenheiten von Demokratie und Rechtsstaat in Deutschland von jeglicher Krisenhaftigkeit frei (Schröder 2000a: 201). Dagegen sei bürgerschaftliches Engagement nicht nur als politische Vertretung von Bürgerinteressen sondern auch als Organisation von Gemeinschaftsaktivitäten ein unschätzbare Bestandteil der demokratischen Kultur (Rosenblatt 2000: 20). In Anlehnung an Evers (2009b) geht es bei dieser Renaissance des Bürgerdiskurses jedoch weniger um ein willensbekundendes bzw. partizipatives Verständnis des Begriffes im Sinne von *civiness*, sondern um ein tugendhaftes, selbst- und sozialverantwortliches Verhalten des Bürgers als Zeichen von Zivilität (*civility*), wofür die Idee der „zivilen Bürgergesellschaft“ von Gerhard Schröder (2000a) exemplarisch herangezogen werden kann.

### **2.3 Die diskursive Konstruktion einer hohen Engagementnachfrage**

Die entscheidende Erkenntnis der vorliegenden Diskursanalyse ist nicht, dass bestimmte soziale Phänomene durch politische Vertreter als krisenhaft wahrgenommen und beschrieben werden. Dies ist eine gängige politische Praxis, um Reformbedarf zu begründen und Wandlungsprozesse anzuregen. Bemerkenswert ist vielmehr, dass die politischen Akteure ihre eigene Überforderung bei der Lösung dieser Probleme – gewissermaßen im Sinne einer „Sozialpolitik zweiter Ordnung“ (Kaufmann 2009: 141) – explizit thematisieren. So fragt Gerhard Schröder angesichts „von Globalisierung, shareholder value und der steigenden Bedeutung internationaler Verflechtungen – was soll, was kann da noch Politik?“ (Schröder 2000a: 201)

Die Krisenrhetorik ist demnach in mehrfacher Hinsicht funktional: Einerseits erzeugt die anhaltende Thematisierung vermeintlicher sozialer Krisen politischen Handlungsdruck; andererseits verstärkt die Rede von einer mangelnden – ja geradezu selbst krisenhaften – staatlichen Kompetenz bei der Bewältigung dieser Herausforderungen die Suche nach alternativen Handlungsstrategien und -akteuren, die im Bereich der Bürgergesellschaft vermutet werden. Durch die bereits angesprochene rhetorische Hervorhebung der produktiven Potenziale bürgerschaftlichen Engagements wird diesem gewissermaßen der

Status eines Allheilmittels bei der Lösung der vermeintlichen sozialen Krisen zugeschrieben. Ohne die „dunklen Seiten“ des Engagements (Roth 2004), d.h. seine potenziellen unzivilen und antidemokratischen Implikationen, auch nur zu erwähnen, stellen die untersuchten Dokumente die besondere Qualität freiwillig erbrachter Leistungen – besonders im Bereich personenbezogener Dienstleistungen – diskursiv in den Mittelpunkt und betonen den großen Bedarf an zivilgesellschaftlichem Engagement in der modernen Gesellschaft. Bürgerschaftliches Engagement avanciert somit aufgrund seines erhofften und zugeschriebenen gesellschaftlichen und volkswirtschaftlichen Ertrags zu einer begehrten Ressource. Gleichzeitig wird immer wieder darauf aufmerksam gemacht, dass es sich beim bürgerschaftlichen Engagement um ein knappes und voraussetzungsvolles Gut handelt. Der bundesdeutsche Engagementdiskurs bezieht sich hier auf die anhaltenden Klagen politischer Organisationen sowie der deutschen Vereins- und Verbändelandschaft, die sich seit den 1990er Jahren über den kontinuierlichen Rückgang ehrenamtlicher Helfer, über schwindende Mitgliederzahlen und die abnehmende Verweildauer im klassischen Ehrenamt besorgt zeigen (Brömme/Strasser 2001).

Es bleibt festzuhalten, dass durch die rhetorische Betonung sozialer Krisenerscheinungen und des immer wieder thematisierten staatlichen Steuerungsversagens in politischen Veröffentlichungen der Jahrtausendwende eine erhöhte Nachfrage nach bürgerschaftlichem Engagement diskursiv konstruiert wird. Aus der Beschreibung des Engagements als knappes Gut wird zudem die Notwendigkeit abgeleitet, das Engagementvolumen mit Hilfe entsprechender politischer Förderungsstrategien auszuweiten.

## **2.4 Die diskursive Konstruktion eines hohen Engagementangebots**

Die analysierten politischen Veröffentlichungen verweisen nicht nur auf eine hohe Engagementnachfrage, sondern beziehen sich zugleich auf ein ungenutztes Potenzial an engagementbereiten Freiwilligen, das bei entsprechender Aktivierung den angesprochenen (Mehr-)Bedarf befriedigen könne. In diesem Sinne konstatiert der ehemalige Bundeskanzler Gerhard Schröder:

„38 Prozent der Deutschen sind, im weiteren Sinne, regelmäßig ‚ehrenamtlich‘ tätig. Mehr als die Hälfte der Befragten kann sich ein solches Engagement für die Zukunft ‚vorstellen‘. Weit mehr als 80 Prozent, die überwältigende Mehrheit, wären demzufolge für bürgerschaftliches Engagement zu gewinnen.“ (Schröder 2000a: 202)

Schröder bezieht sich hier vor allem auf die Ergebnisse des 1998 vom Bundesfamilienministerium ins Leben gerufenen Freiwilligensurveys. Die hier ermittelte Engagementquote von 34% wurde durch ein zusätzliches Engagementpotenzial von 37% sogar noch in den Schatten gestellt (Rosenblatt 2000). Unter „Engagementpotenzial“ subsumiert der Freiwilligensurvey all diejenigen „Personen, die nach eigener Angabe heute oder künftig bereit und interessiert wären, Aufgaben und Arbeiten im Bereich des freiwilligen,

bürgerschaftlichen Engagements zu übernehmen.“ (Rosenblatt 2000: 24) Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt auch der Speyerer Wertesurvey aus dem Jahr 1997, wonach in Deutschland 38% der Bundesbürger freiwillig engagiert und weitere 32% zur Aufnahme eines Engagements bereit seien (Klages/Gensicke 1998: 180).

In den analysierten Publikationen bleiben allerdings die mit derartigen Umfrageergebnissen einhergehenden methodischen Probleme überwiegend unerwähnt: So schwanken die seit 1990 durchgeführten Engagementstudien in der Höhe ihrer ermittelten Engagementquoten zwischen 20% und 50% (Alscher u.a. 2009: 19-27; Priller 2011: 24-25). Die Gründe für diese Abweichungen liegen in den unterschiedlichen Ausgangsdefinitionen für bürgerschaftliches Engagement und in den voneinander abweichenden Befragungskonzepten sowie Messinstrumenten. So vermuten Hacket und Mutz, dass die steigenden Engagementzahlen in den Untersuchungen Ende der 1990er Jahre u.a. auf eine Definitionserweiterung der als bürgerschaftliches Engagement geltenden Tätigkeiten zurückgeführt werden können (Hacket/Mutz 2002: 40). Hinsichtlich des konstatierten Engagementpotenzials erscheint es zudem höchst fraglich, „inwiefern Selbsteinschätzungen einer latenten Engagementbereitschaft auch abrufbar, realitätstauglich und belastbar sind“ (Backhaus-Maul/Nährlich/Speth 2009: 5).

Nichtsdestotrotz erweist sich die diskursive Betonung des hohen Engagementumfangs und des ungenutzten Potenzials an engagementbereiten Freiwilligen im politischen Sinne als höchst funktional: So widersprechen die hohen Engagementzahlen den Mitte der 1990er Jahre geäußerten Sorgen um eine „Krise des Ehrenamtes“ (Hacket/Mutz 2002: 39). An ihre Stelle tritt die These eines Motivations- und Strukturwandels bürgerschaftlichen Engagements, wonach Freiwillige die sporadische Mitarbeit in zeitlich begrenzten Projekten bevorzugten und die Ausübung eines Engagements weniger auf altruistischen denn auf selbstverwirklichenden Motiven beruhe (Behr/Liebig/Rauschenbach 2000). Diese Transformationsprozesse geben in politischen Kreisen Anlass zur Hoffnung, dass durch die Abkopplung des Engagements von der sozialen Milieuzugehörigkeit und den damit einhergehenden Bedeutungsgewinn der „biographischen Passung“ (Olk/Jacob 1991: 501) die Zahl der potenziell aktivierbaren Freiwilligen ansteige (u.a. Schröder 2000b). Das brachliegende Engagementpotenzial erscheint zugespitzt formuliert wie ein „Topf voll potentiell aktiver Menschen“, für den es noch den passenden Henkel zu finden gelte (Notz 1999: 25-26). Doch auch die These eines ehrenamtlichen Struktur- und Motivationswandels kann angesichts des Mangels an Vergleichsdaten empirisch kaum nachgewiesen werden (Hacket/Mutz 2002).<sup>5</sup> Braun kommt aufgrund dieser methodischen Unzulänglichkeiten zu der provokanten Einsicht, dass man sich „mit Hilfe modifizierter Messinstrumente (...), zumeist

---

<sup>5</sup> Diese Einschränkungen sollen nicht der Feststellung widersprechen, dass spaß- und ereignisbezogene Motive derzeit eine entscheidende Rolle im Engagement spielen (Kühnlein/Böhle 2002), sondern lediglich darauf hinweisen, dass es sich hierbei nicht zwangsläufig um eine neue Erscheinung handeln muss.

im staatlich-politischen Auftrag, „hochgeforscht“ habe und es für fast jedes Argumentationsziel entsprechende empirische Belege gebe (Braun 2001: 99). So baut der ehemalige Bundeskanzler Schröder (2000a) sein Konzept der „zivilen Bürgergesellschaft“ allein auf den deutlich höheren Ergebnissen auf und lässt die geringeren Engagementzahlen unerwähnt.

Die politische Betonung des ungenutzten Engagementpotenzials suggeriert außerdem, dass diese „schlafende Humanressource“ (Klages 2000: 42) gehoben werden könne, wenn verschiedene, zumeist im Subjekt selbst begründete Engagementhindernisse durch politische Reformen erst abgebaut würden (Rosenblatt 2000: 201-205). Die Aktivierung des brachliegenden Engagementpotenzials wird so zur politischen Aufgabe erhoben, mit sozialpolitischen Zielen kombiniert und nicht mehr der gesellschaftlichen Selbstregulation oder dem bisher hierfür verantwortlichen Vereins- und Verbändewesen allein überlassen. Hierfür spricht folgender Auszug aus einer Broschüre der rot-grünen Bundesregierung:

„Umfragen belegen, dass über die 22 Millionen Menschen hinaus, die in Deutschland bisher bürgerschaftlich aktiv sind, mehrere Millionen in Deutschland bereit wären, sich ebenfalls zu engagieren. Die Politik ist daher aufgefordert, die Rahmenbedingungen für gemeinnützige Tätigkeiten sowohl in Staat und Gesellschaft als auch in Verbänden und Organisationen weiter zu entwickeln, um Interessierten leichter den Zugang zum Mitmachen und Mithelfen zu öffnen.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5)

Abschließend kann festgehalten werden, dass die untersuchten Publikationen bei der Beschreibung des Engagementumfangs und des brachliegenden Potenzials stets auf quantitative Umfrageergebnisse verweisen, um hierdurch Glaubwürdigkeit und Überprüfbarkeit zu suggerieren. Gleichzeitig deutet dieser Befund auf eine zunehmende kalkulative Vermessung der Gesellschaft hin: Eine derartige „Herrschaft der Zahlen“ (Vormbusch 2011) ermöglicht neue Steuerungsformen im Sinne von „governing by numbers“ (Newman 2001: 87-88) und stärkt die Argumentation politischer Akteure, die hiermit die Notwendigkeit von Eingriffen in den Engagementbereich legitimieren.

## **2.5 Zwischenfazit: Die Bürgergesellschaft als *Freiwilligen-Markt***

Die Ergebnisse der Diskursanalyse zentraler, zwischen 1998 und 2002 erschienener Regierungsdokumente zum Thema bürgerschaftliches Engagement lassen sich auf folgende Erkenntnisse zuspitzen: Erstens wird in den untersuchten Publikationen durch die Thematisierung der selbst krisenhaften politischen Bewältigung vermeintlicher sozialer Krisenerscheinungen eine erhöhte Nachfrage nach freiwilligen Leistungen und durch die Bezugnahme auf ein vermeintlich brachliegendes Engagementpotenzial ein (Mehr-)Angebot an potenziell freiwillig Engagierten diskursiv konstruiert. Zweitens bleibt festzuhalten, dass die Bürgergesellschaft in den untersuchten Dokumenten zwar bereits zu einem wichtigen Akteur bei der Lösung gesellschaftlicher Krisen stilisiert wird, gleichzeitig scheint sie aber die

an sie gerichteten Erwartungen bislang noch nicht in ausreichendem Maße zu erfüllen und deshalb einer gewissen Aktivierung zu bedürfen. In diese Richtung verweist besonders der appellative Tonfall, den Gerhard Schröder (2000a) bei der Neukonzeption einer „zivilen Bürgergesellschaft“ anschlägt. Diese Erkenntnisse bestätigen drittens die eingangs vorgestellte These, dass die Einführung einer bundesdeutschen Engagementpolitik nicht nur von einer Hochkonjunktur bürgergesellschaftlicher Themen in politischen Kreisen begleitet, sondern die Neuerschließung des Engagementfeldes erst durch die diskursive Bedeutungsaufwertung der Bürgergesellschaft ermöglicht wurde. Im Mittelpunkt steht hierbei die Etablierung einer bestimmten Deutung von Zivilgesellschaft, die eine effektivere staatliche Regulierung derselben ermöglichen soll und grundlegend auf der diskursiven Konstruktion engagementspezifischer Angebots- und Nachfragestrukturen beruht. Diese wird im Folgenden als *Freiwilligen-Markt* bezeichnet.

Die hier verwendete Markt-Metapher wird auch in den untersuchten Dokumenten verschiedentlich aufgegriffen: So beschreibt der ehemalige Bundespräsident Johannes Rau die auf Engagementförderung ausgerichteten Freiwilligenagenturen als „Marktplatz bürgerschaftlichen Engagements, auf dem Angebot und Nachfrage zueinander finden.“ (Rau 2000) Diese Aussage suggeriert, dass die hohe Nachfrage nach freiwilligen Leistungen sowie das vermeintliche (Mehr-)Angebot an potenziell Engagierten im Sinne eines Marktmechanismus in Übereinstimmung gebracht werden können. Der hier gewählte Begriff des *Freiwilligen-Marktes* erweist sich für die zusammenfassende Bezeichnung der politischen Neubewertung von Zivilgesellschaft vor dem Hintergrund einer diskursiven Konstruktion engagementspezifischer Angebots- und Nachfragestrukturen somit als durchaus zutreffend. Zudem bringt dieser Terminus die in politischen Diskursen an die Bürgergesellschaft herangetragenen Erwartungen auf den Punkt, die sich zwischen einer diffusen Gemeinwohlförderung und Überlegungen zur effektiven Ausschöpfung individueller Engagementressourcen bewegen. Einerseits wird freiwilliges Engagement in den untersuchten Publikationen zu einem integralen Bestandteil gemeinwohlorientierten Handelns stilisiert (u.a. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 1). Diese Betonung der Gemeinwohlidee erscheint gerade vor dem Hintergrund der vermeintlichen Krisenhaftigkeit des sozialen, rechtlichen und ökonomischen Ordnungsgefüges moderner Gesellschaften nicht weiter verwunderlich. Sie entspricht zudem der Einsicht Böckenfördes (1976), dass der Staat auf gewisse vorpolitische Grundlagen, wie die bürgerliche Gemeinwohlorientierung, angewiesen sei, ohne diese aber selbst im ausreichenden Maße herstellen zu können. Andererseits verweist die diskursive Konstruktion spezifischer Angebots- und Nachfragebedingungen auf die Existenz einer Marktlogik, mit deren Hilfe „die freiwillige Arbeit neue Impulse bekommt und noch effektiver wird.“ (Rau 2000)

### **3. Die deutsche Engagementpolitik auf dem Prüfstand**

Bislang ist offen geblieben, welche Funktion der diskursiven Konstruktion eines *Freiwilligen-Marktes* im Rahmen politischer Entscheidungen zukommt. Diesbezüglich wird die These vertreten, dass sie als Legitimationsgrundlage für die Verabschiedung rechtlicher und institutioneller Vorgaben im Engagementbereich seit der Jahrtausendwende dient. Der Bundespolitik ist es folglich erst durch die diskursive Neudefinition der Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements angesichts vermeintlicher Gesellschaftskrisen und der Offenlegung eines bislang ungenutzten Engagementpotenzials gelungen, die Implementierung engagementspezifischer Reformen zu legitimieren. Abstrakt formuliert bedeutet dies, dass die diskursive Praxis konkreten politischen Veränderungen vorausgehen und diese vorbereiten kann. Durch die Etablierung veränderter Deutungsangebote im diskursiven Prozess werden folglich neue politische Handlungsoptionen eröffnet. Auf diese Weise ermöglichen und legitimieren Diskurse den Wandel des politischen Handelns (Schwab-Trapp 2002: 46-47).

Die folgenden Ausführungen widmen sich nun der Frage, welche Wirkkraft der *Freiwilligen-Markt*-Diskurs im Rahmen des schrittweisen Aufbaus einer Engagementpolitik auf Bundesebene zwischen 2002 und 2010 entfaltet hat. Anhand ausgewählter Beispiele der deutschen Engagementpolitik, konkret dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und der Nationalen Engagementstrategie, wird untersucht, inwieweit diese den identifizierten politischen Diskurs in ihre Selbstbeschreibung integriert haben. Anschließend wird die Arbeitsweise des BBE sowie der Entstehungskontext der Nationalen Engagementstrategie hinsichtlich der erkenntnisleitenden Frage des Beitrags betrachtet, ob hier die für die Aktivierungsstrategie charakteristische Dialektik aus *Mobilisierung* und *Regulierung* zum Tragen kommt.

#### **3.1 Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)**

##### **3.1.1 Eckdaten**

Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wurde im Jahr 2002 auf Vorschlag des Nationalen Beirates des von der UNO 2001 ausgerufenen „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ und der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ gegründet. Das Besondere am BBE ist seine Konstitution als trisektorales, bundesweites Netzwerk mit aktuell mehr als 250 Mitgliedern aus Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Das BBE bietet hierdurch eine Plattform für engagementpolitische Vernetzung und übernimmt zugleich eine überparteiliche Sprecherrolle in Fragen der Engagementförderung. Grundsätzlich zielt das BBE darauf ab, zivilgesellschaftliche Themen im wirtschaftlichen und politischen Sektor zu etablieren und das bürgerschaftliche Engagement insgesamt zu

stärken. Innerhalb des BBE existieren verschiedene gewählte Gremien, die über den grundlegenden Handlungsrahmen des Netzwerkes entscheiden. Hierzu zählen u.a. der Sprecherrat, der das BBE nach außen hin vertritt und der Koordinierungsausschuss, welcher die interne Abstimmung übernimmt. Derzeit gibt es zudem neun Arbeitsgruppen, in denen der fachliche Austausch gepflegt, gemeinsame Projekte angeregt und die Artikulation von Problemen der Engagementförderung forciert wird (Alscher u.a. 2009: 165f.; Hartnuß/Olk/Klein 2011: 772).

### **3.1.2 Die Bedeutung des *Freiwilligen-Markt*-Diskurses für das BBE**

Um einschätzen zu können, inwieweit sich das BBE auf den beschriebenen bundesdeutschen *Freiwilligen-Markt*-Diskurs bezieht, wurden das Profil, die Statuten und die engagementpolitische Agenda des BBE auf die Frage hin untersucht, mit welchen Argumenten die Förderung bürgerschaftlichen Engagements als wesentliches Ziel der Netzwerkarbeit begründet wird. Die Analyse zeigt, dass sich hier sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsrhetorik des bundespolitischen Diskurses widerspiegelt: Eine gesteigerte Nachfrage nach bürgerschaftlichem Engagement ergibt sich den untersuchten Dokumenten zufolge daraus, dass

„keine der großen Herausforderungen, denen wir uns in Politik und Gesellschaft gegenübersehen – sei es der demographische Wandel, die Reform des Bildungswesens oder der Umbau des Sozialstaats – (...) ohne aktive und engagierte Bürgerinnen und Bürger und ohne neue Formen der Kooperation und Vernetzung und des freiwilligen Engagements erfolgreich bewältigt werden [kann].“ (BBE o.J.)

Die Krisensemantik des *Freiwilligen-Markt*-Diskurses wird hier folglich wieder aufgegriffen und erweitert, denn neben der Krise des Sozialstaates und der Arbeitsgesellschaft verweisen die untersuchten Dokumente auf weitere Krisenerscheinungen, die eine Förderung des bürgerschaftlichen Engagements unumgänglich erscheinen lassen. Hierzu zählen der demografische Wandel, die Reform des Bildungswesens und die Krise der (europäischen) Integration (BBE o.J., 2008: 3, 2011: 1). Sogar das im bundespolitischen Diskurs geäußerte Argument, dass die Politik diese Probleme nicht allein lösen könne und hierbei auf die hohe Produktivität bürgerschaftlichen Engagements angewiesen sei, wird in der engagementpolitischen Agenda des BBE (o.J.) aufgegriffen und verfestigt.

Zweitens gehen die vom BBE herausgegebenen Dokumente ebenfalls von einem hohen Engagementangebot bzw. -potenzial aus: „Um es für die Gemeinschaft und für alle Beteiligten optimal auszuschöpfen“ (BBE o.J.), müssen jedoch die organisationalen, rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement verbessert werden (BBE o.J., 2008, 2011). Bei der Aktivierung des Engagementpotenzials geht es allerdings nicht mehr nur darum, die Anzahl freiwillig Engagierter generell zu erhöhen, sondern es werden explizit bestimmte Personengruppen angesprochen, die nach

Angaben des Freiwilligensurveys (BMFSFJ 2010: 17-23) bislang im Engagement eher unterrepräsentiert sind und/oder eine hohe Engagementbereitschaft an den Tag legen: So soll z.B. ausdrücklich das Engagement von Migranten oder älteren Menschen gestärkt werden (BBE o.J.).

Die Befunde der Diskursanalyse zeigen, dass das BBE durch Anschluss an den bundesdeutschen Engagementdiskurs, speziell an die diskursive Konstruktion engagementspezifischer Angebots- und Nachfragestrukturen, die Notwendigkeit seiner eigenen Existenz begründet. Hierbei werden gerade die Elemente des *Freiwilligen-Markt*-Diskurses betont, für die das BBE selbst die ideale Lösung zu sein scheint: Im bundesdeutschen Diskurs wird z.B. stets darauf hingewiesen, dass das vermeintlich brachliegende Engagementpotenzial nur durch die Verbesserung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement gehoben werden könne (u.a. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2001: 5). Gerade hierfür bietet das BBE nach eigenen Angaben die idealen Voraussetzungen:

„Durch seine breite Mitgliedschaft eng verbunden mit den praktischen Problemen der vielen Millionen Engagierten aus allen Bereichen der Gesellschaft, begleitet das BBE fachliche Entwicklungen und übergreifende wie auch spezifische politische Reformvorhaben zur Verbesserung der Rahmenbedingungen des Engagements.“  
(BBE 2011: 3)

Gleichzeitig wird die für den bundesdeutschen Diskurs typische Krisensemantik übernommen und ausgeweitet, um zu begründen, dass die Existenz eines bundesweiten Engagementnetzwerkes aufgrund der vielfältigen gesellschaftlichen Probleme, die eine Stärkung zivilgesellschaftlicher Potenziale in Form von bürgerschaftlichem Engagement unumgänglich erscheinen lassen, unbedingt erforderlich sei. Diese Ergebnisse verweisen zusammenfassend einerseits auf die erhebliche Wirkkraft des als dominant identifizierten Engagementdiskurses und andererseits auf die enge Verbundenheit des BBE mit der Bundespolitik, die im weiteren Verlauf des Beitrags nochmals zur Sprache kommen wird.

### **3.1.3 Das BBE zwischen Mobilisierung und Regulierung**

Im Folgenden soll nach der Wirkung politischer Steuerungsimpulse auf die Netzwerkarbeit gefragt werden. Hierbei wird zwischen diskursiven Aspekten und konkreten Regulierungsmechanismen, wie finanziellen und rechtlichen Vorgaben, unterschieden.

In politischen Verlautbarungen wird das BBE zu einem unschätzbaren Bestandteil einer neuen partizipativen und kooperativen Regierungsphilosophie stilisiert. Bereits die Gründung des BBE bewertet Peter Haupt, ehemaliger Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, als gelungenes Beispiel dafür, dass „Markt, Dritter Sektor und Staat gemeinsam und gleichberechtigt die Zivilgesellschaft einen Schritt weiterbringen“ und dass ein ermöglichender Staat an der Gestaltung eines Netzwerkes für bürgerschaftliches

Engagement mitwirken könne (Haupt 2002). Auf diskursiver Ebene bringen politische Akteure der Netzwerkarbeit des BBE bis heute Wertschätzung und Anerkennung entgegen: In einer Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Gründung des Nationalen Forums für Engagement und Partizipation (NFEP) am 21.04.2009 heißt es entsprechend: „Das BBE ist als das gemeinsame bürgerschaftliche Netzwerk – Bürgergesellschaft, Staat und Kommunen, Wirtschaft/Arbeitsleben – der am besten geeignete Träger für das Nationale Forum für Engagement und Partizipation.“ (Bundestags-Drucksache 16/12561 2009: 2) Die sich auf die Ergebnisse des NFEP beziehende Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung aus dem Jahr 2010 schließt sich dieser positiven Einschätzung der bisherigen Netzwerkarbeit an (Bundesregierung 2010: 6). Innerhalb des Netzwerks wird besonders darauf Wert gelegt, zivilgesellschaftliche Kräfte anzusprechen und zu fördern: So heißt es in den Statuten des BBE:

„Die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements als Ziel des Netzwerks hat zur Folge, dass die Organisationen, Verbände, Zusammenschlüsse, Netzwerke und Initiativen der Bürgergesellschaft und des Dritten Sektors in der Mitgliedschaft des Netzwerks ein besonderes Gewicht erhalten.“ (BBE 2008: 3)

Die Bedeutungsaufwertung und Aktivierung des BBE beschränkt sich allerdings nicht auf den diskursiven Bereich. Auf der bundespolitischen Ebene hat sich das BBE mittlerweile zu einem Hauptansprechpartner in Sachen Bürgerengagement entwickelt: So berät es verschiedene Bundesministerien sowie einzelne Bundesländer in engagementspezifischen Fragen und erstattet regelmäßig Bericht an den Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ des Deutschen Bundestages. In dieser Funktion hat das BBE u.a. den Ausbau des Versicherungsschutzes oder die Reform des Gemeinnützigkeits- und Spendenrechts für Engagierte fachlich begleitet. Besonders hervorzuheben ist zudem das vom BBE organisierte Nationale Forum für Engagement und Partizipation als Grundlage für die Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung, auf die im weiteren Verlauf des Beitrages noch Bezug genommen wird.

Die bisherigen Ausführungen lassen keinen Zweifel daran, dass das BBE und insbesondere die darin zusammengefassten zivilgesellschaftlichen Akteure sowohl in politischen Reden und Verlautbarungen als auch im politischen Alltagsgeschehen als Verantwortungsträger mobilisiert werden. Der Blick auf die Finanzierungsstruktur des BBE zeigt allerdings, dass den Gestaltungsspielräumen des Bundesnetzwerks gewisse Grenzen auferlegt sind: Das BBE erhielt bislang eine finanzielle Grundsicherung durch die stabilen jährlichen Zuwendungen des Bundesfamilienministeriums in Höhe von ca. 340.000 € (CBE 2005: 49). Diese finanzielle Abhängigkeit erzeugt besonders dann Probleme, wenn, wie aktuell zu beobachten, diese Zahlungen erheblich reduziert werden. Nach Angaben von Thomas Olk, Vorsitzender des BBE-Sprecherrates, habe das BMFSFJ die Förderung der BBE-

Geschäftsstelle für 2011 ohne vorherige Ankündigung erheblich gekürzt und dränge nun auf die stärkere Inanspruchnahme einer Mischfinanzierung. Dieser Vorschlag sei zwar prinzipiell nachvollziehbar, doch zeigt sich Olk sehr verwundert über diesen politischen Sinneswandel, da bisher das Bundesfamilienministerium ein verlässlicher Partner beim Aufbau einer infrastrukturellen Engagementförderung auf Bundesebene gewesen sei und sich stets lobend bezüglich der Arbeit des BBE geäußert habe.<sup>6</sup> Die zukünftige Initiierung, Finanzierung, Koordinierung und personelle Betreuung der Projekte des Engagementnetzwerks würden durch den abrupten Wegfall eines verlässlichen Zuwendungskorridors mit erheblichen Problemen konfrontiert werden (Olk 2011). Außerdem zählen bislang nur wenige Unternehmen zu den Mitgliedern des BBE, wodurch die Verstetigung einer Mischfinanzierung erschwert wird (Alscher u.a. 2009: 166).

An diesem Beispiel wird deutlich, dass das BMFSFJ als Hauptzuwendungsgeber die strukturellen Bedingungen der Netzwerkarbeit beeinflussen und somit auch indirekt auf die Themenschwerpunkte, Zeithorizonte und Entscheidungsmodalitäten des BBE einwirken kann. In Anlehnung an Schimank (1992: 167) handelt es sich hierbei um ein „doppelt indirektes zielorientiertes Handeln“ staatlicher Akteure, die einen angestrebten Zustand dadurch herbeizuführen versuchen, indem sie den strukturellen Kontext der Netzwerkarbeit so gestalten, dass dort tendenziell entsprechend ihrer Vorstellungen gehandelt wird.

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass das BBE sowohl auf diskursiver Ebene als auch de facto als Verantwortungsträger mobilisiert wird und verschiedene Aufgaben im politischen Tagesgeschäft übernimmt. Gleichzeitig ist es durch die maßgebliche Finanzierung seitens des Bundesfamilienministeriums eng mit der Bundespolitik verbunden und erfährt, wie am Beispiel der Mittelkürzungen dargestellt, hierdurch eine gewisse Regulierung. Das für neosoziale Steuerungsstrategien geradezu charakteristische Spannungsverhältnis zwischen *mobilisierenden* und *regulierenden* Elementen tritt daher beim politischen Umgang mit dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement deutlich zu Tage. Alscher u.a. weisen deshalb eindringlich darauf hin, dass sich das BBE nicht in eine „Projektagentur der Bundesregierung“ verwandeln dürfe, sondern weiterhin an seiner Unabhängigkeit arbeiten müsse. Zur Steigerung der politischen Autonomie empfehlen die Autoren dem BBE, die Verstetigung alternativer Finanzierungsquellen über Unternehmen oder die eigenen Mitglieder weiter voranzutreiben (Alscher u.a. 2009: 166).

---

<sup>6</sup> Die Kürzung der BBE-Mittel weist auf eine Akzentverschiebung im Engagementdiskurs seitens der bundespolitischen Akteure hin, die bürgerschaftliches Engagement auf diskursiver Ebene zwar weiterhin aufwerten und als förderungswürdig beschreiben, diesen Prozess jedoch nicht mehr im selben Maße finanziell begleiten wollen.

## **3.2 Die Nationale Engagementstrategie**

### **3.2.1 Eckdaten**

Die am 6. Oktober 2010 verabschiedete erste Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung zielt grundlegend darauf ab, die Engagementförderung von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft bzw. von Bund, Ländern und Kommunen besser aufeinander abzustimmen. Zu diesem Zweck beinhaltet sie eine detaillierte Übersicht über die bisherigen Engagementförderungsmaßnahmen auf den verschiedenen Ebenen, die zukünftig ausgebaut und besser miteinander vernetzt werden sollen. Überdies widmet sich die Nationale Engagementstrategie den bürgergesellschaftlichen Potenzialen von (Bürger-) Stiftungen und thematisiert im Rahmen eines eigens hierfür initiierten „Aktionsplans Corporate Social Responsibility (CSR)“ die gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen.

Die Nationale Engagementstrategie erweist sich vor dem Hintergrund der hier betrachteten Fragestellung als besonders interessant, da im Vorfeld dazu ein vom BBE organisiertes Nationales Forum für Engagement und Partizipation ins Leben gerufen wurde. Hierbei handelt es sich um eine Expertenkommission mit mehr als 300 Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft, die Vorschläge für die Nationale Engagementstrategie erarbeitet hat. Obgleich der umfangreiche Empfehlungskatalog des NFEP an dieser Stelle nicht detailliert wiedergegeben werden kann, sollen zumindest die zentralen Punkte benannt werden: So konzentrieren sich die Vorschläge des Nationalen Forums auf erneute Reformen des Zuwendungsrechts, den Ausbau der bestehenden Freiwilligendienste und auf eine stärkere Kopplung von Engagement mit Bildungsaspekten. Generell wird eine abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen in Fragen der Engagementförderung, gerade im Hinblick auf die Finanzierung engagementspezifischer Infrastruktureinrichtungen, gefordert (BBE 2010a).

Außerdem wurde im Kontext der Nationalen Engagementstrategie eine neue bürgernahe Beteiligungsform erprobt. Es bestand nach der Veröffentlichung der Strategie fast einen Monat lang die Möglichkeit, die Inhalte auf dem vom BBE eigens hierfür eingerichteten Online-Forum „Engagement 2.0“ zu diskutieren. Die Ergebnisse wurden dokumentiert (BBE 2010b), dem Bundesfamilienministerium übergeben und sollen in die Weiterentwicklung der Engagementstrategie einfließen.

### 3.2.2 Die Bedeutung des *Freiwilligen-Markt*-Diskurses für die Nationale Engagementstrategie

Die Nationale Engagementstrategie wurde ebenso wie die vom BBE publizierten Dokumente mit der Frage konfrontiert, mit welchen Argumenten die Förderung bürgerschaftlichen Engagements gerechtfertigt wird. Die Analyse ergab, dass die für den *Freiwilligen-Markt*-Diskurs charakteristische Fokussierung auf engagementspezifische Angebots- und Nachfragestrukturen auch bei der Nationalen Engagementstrategie deutlich zu Tage tritt: Die große Nachfrage nach freiwillig erbrachten Leistungen wird weiterhin auf das Bestehen erheblicher sozialer Krisenerscheinungen zurückgeführt, deren Lösung grundsätzlich auf die Produktivität und Kreativität bürgerschaftlichen Engagements angewiesen sei. Besonders eindrucksvoll spiegelt sich das Aufgreifen und Ausweiten der Krisensemantik in folgender Textpassage wider:

„Von diesen Herausforderungen gibt es viele – sie reichen vom demografischen Wandel, der gesellschaftlichen Integration, der Gewährleistung fairer Chancen in der Bildung bis zum Umwelt-, Natur und Klimaschutz. (...) Die Bürgerinnen und Bürger leisten mit ihrem Engagement einen unverzichtbaren Beitrag zur Bewältigung dieser Aufgaben und zur Sicherung von Wachstum und Wohlstand für alle. Bürgerschaftliches Engagement hat in schwierigen Zeiten, wie der Aufbauphase nach dem Krieg und nach der Wiedervereinigung zur Entwicklung unseres Landes erheblich beigetragen und findet vor dem Hintergrund, dass Staat und Kommunen nicht mehr alles leisten können, vielfach neue Wertschätzung. Nicht zuletzt durch die Förderung eines Gemeinschaftsgefühls ist dies auch in der heutigen Zeit ein wichtiger Aspekt im Zusammenleben der Menschen.“ (Bundesregierung 2010: 3)

Wie bereits allgemein für den bundesdeutschen *Freiwilligen-Markt*-Diskurs ausgeführt, wird auch hier durch Verweise auf das politische Steuerungsversagen die Verantwortung an bürgergesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure übertragen, denn das freiwillige Engagement „wirkt in einem Maße solidaritätsstiftend wie es der Staat allein nie bewirken könnte.“ (Bundesregierung 2010: 3) Bürgerschaftliches Engagement wird vor diesem Hintergrund erheblich aufgewertet und als ideale Lösung für individuelle wie kollektive Probleme präsentiert: Freiwilligenarbeit sei folglich einerseits eine wirksame Strategie bei der Bewältigung gesellschaftlicher Krisen im Bereich der Umwelt- und Stadtentwicklung, Bildung, Demografie sowie (europäischen) Integration und fördere andererseits die Fähigkeiten und Kompetenzen jedes Einzelnen (Bundesregierung 2010: 6-7).

Neben der hohen Nachfrage nach Freiwilligenarbeit wird in der Nationalen Engagementstrategie unter Heranziehung der weiteren Wellen des Freiwilligen surveys (BMFSFJ 2010) explizit auf die Existenz eines nach wie vor brachliegenden Engagementpotenzials verwiesen:

„In den letzten 10 Jahren hat sich vor allem das Engagementpotenzial erhöht, d.h. die grundsätzliche Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger ein Engagement zu übernehmen stieg von 26 Prozent (1999) auf 37 Prozent (2009) an. Allerdings ist die Zahl der bürgerschaftlich Engagierten im Vergleich zum zweiten Freiwilligen survey von

2004 konstant geblieben und der positive Trend von 1999 (34%) auf 2004 (36%) hat sich nicht weiter fortgesetzt.“ (Bundesregierung 2010: 8)

Ungeachtet der bereits angesprochenen methodischen Probleme bei der Ermittlung derartiger Engagementzahlen werden die Ergebnisse des Freiwilligensurveys weiterhin als Begründung herangezogen, um die Förderung bürgerschaftlichen Engagements mit Hilfe einer Nationalen Engagementstrategie zu rechtfertigen. Besondere Aufmerksamkeit wird in diesem Zusammenhang den Personengruppen gewidmet, „die am Rande der Gesellschaft stehen“ (Bundesregierung 2010: 11) oder nach Angaben des Freiwilligensurveys ein hohes brachliegendes Engagementpotenzial aufweisen. Konkret strebt die Nationale Engagementstrategie die Ausdehnung des Engagements von Personen mit Migrationshintergrund, Frauen, älteren Menschen und Jugendlichen an (Bundesregierung 2010: 9-10). Die für die Engagementförderung verantwortlichen Akteure stünden, so die Nationale Engagementstrategie, auch nach zehn Jahren Engagementpolitik vor der Herausforderung, „den Teil der Bevölkerung, der dem Engagement noch fernsteht, besser über die Vielfalt interessanter Engagementmöglichkeiten zu informieren, um das vorhandene Potenzial auch in die Tat umzusetzen.“ (Bundesregierung 2010: 8) Der stagnierende Engagementumfang und der stetige Anstieg des Engagementpotenzials dienen der Bundesregierung somit als Argumente dafür, dass es zivilgesellschaftlichen Akteuren sowie den Bundesländern und Kommunen bislang scheinbar nicht in ausreichendem Maße gelungen sei, die vorhandene Engagementbereitschaft zu mobilisieren. Demzufolge versucht die Bundesregierung gerade diese Akteure zu aktivieren, indem sie in der Nationalen Engagementstrategie nochmals auf die besondere „Bedeutung der Schaffung, Gestaltung und Verstetigung engagementfördernder Strukturen“ (Bundesregierung 2010: 5) hinweist und gleichzeitig eine stärkere Kooperation mit dem Bund forciert:

„Zur optimalen Nutzung der Engagementpotenziale in der Gesellschaft ist eine bessere Verzahnung der Strukturen und Einrichtungen vor Ort erforderlich. Wenn Länder und Kommunen, die hier unmittelbar Verantwortung tragen, und der Bund gemeinsam am einem Strang ziehen, können träger- und zuständigkeitsübergreifend die bereits vorhandenen Angebote transparenter gemacht und Doppelungen vermieden werden.“ (Bundesregierung 2010: 67)

Die Analyse der Nationalen Engagementstrategie hat gezeigt, dass die wesentliche Argumentationsstruktur des *Freiwilligen-Markt*-Diskurses, der ja bereits um die Jahrtausendwende und unter anderen parteipolitischen Voraussetzungen etabliert wurde, weiterhin den bundespolitischen Diskurs in Fragen der Engagementförderung dominiert. An dieser Stelle soll keineswegs der Eindruck erweckt werden, dass dieser Diskursstrang in den letzten zehn Jahren keinen Veränderungen unterworfen war. In diesem Zusammenhang sei z.B. auf die differenziertere Betrachtung des Engagementpotenzials bestimmter Personengruppen oder die Ergänzung weiterer Krisenerscheinungen verwiesen, für die bürgerschaftliches Engagement eine wichtige Lösungsstrategie darzustellen scheint.

Nichtsdestotrotz lassen die bisherigen Ergebnisse darauf schließen, dass der bundespolitische *Freiwilligen-Markt*-Diskurs eine erstaunliche Konstanz und Kontinuität an den Tag legt.<sup>7</sup>

### **3.2.3 Die Nationale Engagementstrategie zwischen Mobilisierung und Regulierung**

Analog zur Betrachtung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement soll im Folgenden der komplexe Entstehungsprozess der Strategie, d.h. die Arbeitsbedingungen des hieran maßgeblich beteiligten Nationalen Forums für Engagement und Partizipation, beleuchtet werden. Auf eine detaillierte Wiedergabe der Voraussetzungen, Inhalte und Folgen der Nationalen Engagementstrategie wird zugunsten einer Fokussierung auf die erkenntnisleitende Fragestellung verzichtet.

Bereits die Gründung eines Nationalen Forums für Engagement und Partizipation als eine Art Governance-Experiment mit offenem Ausgang entfaltete eine mobilisierende Wirkung auf die an der Engagementförderung beteiligten Akteure, da diese hierdurch in den Entstehungsprozess der Nationalen Engagementstrategie einbezogen wurden. Dieter Hackler, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, fasst das Grundanliegen der Strategie folgendermaßen zusammen:

„Und weil eine Strategie immer nur so gut ist wie ihre Umsetzung, darf gerade eine Engagementstrategie nicht fernab der gesellschaftlichen Probleme am Reißbrett entstehen! Sie muss aus der lebendigen Vielfalt des Engagements heraus entstehen. (...) Die breite Beteiligung der Zivilgesellschaft ist also gewissermaßen schon Teil der Strategie.“ (BBE 2010a: 10)

Das vom Bundesfamilienministerium wesentlich finanzierte Nationale Forum für Engagement und Partizipation sollte folglich ein motivierender Rahmen für die Akteure aus Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft sein, um über die Zukunft der Engagementförderung zu diskutieren und Empfehlungen für eine nationale Strategie im Vorfeld des Kabinettsbeschlusses der Bundesregierung zu formulieren. Ohne das Offerieren eines derart großen Gestaltungsspielraums wäre es wohl kaum möglich gewesen, innerhalb von eineinhalb Jahren mehr als 400 Experten und Expertinnen für diesen Dialog zu gewinnen. Grundsätzlich dazu beigetragen hat sicherlich die im Rahmen des NFEP forcierte diskursive Bedeutungsaufwertung zivilgesellschaftlicher und wirtschaftlicher Akteure. Exemplarisch für zahlreiche ähnlich gelagerte Statements sei hier auf einen Auszug aus dem Geleitwort zum NFEP von Josef Hecken, Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, verwiesen:

---

<sup>7</sup> Um die Gründe für die Konstanz und Durchsetzungskraft des bundespolitischen *Freiwilligen-Markt*-Diskurses zu ermitteln, ist es notwendig, die diesen Diskursstrang vorgelagerten engagementspezifischen Diskussionen der 1990er Jahre aus dem Bereich der Politik, Wissenschaft sowie der Vereins- und Verbändelandschaft zu betrachten. Hierbei steht die Frage im Mittelpunkt, welche Elemente dieser Debatten der um die Jahrtausendwende einsetzende *Freiwilligen-Markt*-Diskurs in seine Argumentation aufnimmt und wogegen er sich bewusst abgrenzt. Dieser Problemstellung widmet sich mein laufendes Dissertationsprojekt.

„Die zahlreichen Initiativen, Vereine und Verbände der organisierten Bürgergesellschaft und des dritten Sektors, aber auch die engagierten Unternehmen sowie die zahlreichen Stiftungen und Bürgerstiftungen sind wichtige und unabdingbare Akteure für eine erfolgreiche Umsetzung einer solchen Strategie.“ (Hecken 2010: 5)

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass die Konzeption des NFEP als offenes Dialogforum mit Einfluss auf die Inhalte der Nationalen Engagementstrategie sowie die erhebliche rhetorische Aufwertung der Vertreter aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft grundlegend dazu beigetragen hat, diese Akteure als Verantwortungsträger zu mobilisieren.

Die im Oktober 2010 veröffentlichte Nationale Engagementstrategie der Bundesregierung kann jedoch besonders die von zivilgesellschaftlichen Akteuren in sie gesetzten Hoffnungen kaum erfüllen. Im Zentrum der Kritik stehen u.a. ihre mangelnde strategische Ausrichtung sowie der Umstand, dass sie die kritischen Potenziale des Engagements unerwähnt lasse und sich vielmehr in der Aufzählung der von den verschiedenen politischen Ebenen und Ressorts geförderten Engagementprogramme zu erschöpfen scheint (BBE 2010b). Annette Zimmer vergleicht die Nationale Engagementsstrategie deshalb mit einer „Art ‚Neckermann-Katalog‘ der Bundesregierung in Sachen Engagementförderung: Für jeden ist etwas dabei, aber besonders für den Sport und die großen Stiftungen sowie die Bürgerstiftungen“ (Zimmer 2010). Die zivilgesellschaftlichen Akteure begrüßen zwar, dass mit der Engagementstrategie ein erster Schritt in Richtung einer ressortübergreifenden Engagementförderung getan sei, doch zeigen sich viele über die unzureichende Berücksichtigung der Vorschläge des NFEP enttäuscht (vgl. BBE 2010b: 55, 60, 78, 111 sowie Bündnis für Gemeinnützigkeit 2010: 3). Das Bündnis für Gemeinnützigkeit bemängelt beispielsweise, dass die erarbeiteten Empfehlungen zur Vereinfachung des Zuwendungsrechts und zum Bürokratieabbau weitgehend unberücksichtigt geblieben seien (Bündnis für Gemeinnützigkeit 2010: 2-3; vgl. ebenso BBE 2010b: 5). Selbst die Arbeit von bundesweiten Engagementnetzwerken und Plattformen oder die vom NFEP als verbesserungswürdig erachtete Finanzierungsstruktur zivilgesellschaftlicher Infrastruktureinrichtungen kommen – mit Ausnahme der bundespolitisch geförderten Mehrgenerationenhäuser – nur am Rande zur Sprache (BBE 2010b). Auffällig an der Nationalen Engagementstrategie ist außerdem, dass den zivilgesellschaftlichen Leistungen von Stiftungen und Unternehmen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird. Mitunter kann dies den Verdacht erwecken, dass gerade diese Akteure eine stärkere Bedeutungsaufwertung erfahren, da sie aufgrund ihrer finanziellen Ressourcen ein attraktiver Partner für die Bundespolitik seien (Bündnis für Gemeinnützigkeit 2010: 11). Dem Bündnis für Gemeinnützigkeit ist zudem darin zuzustimmen, dass eine Nationale Engagementstrategie mehr sein müsse, als der Versuch, das vermeintliche Engagementpotenzial von bislang unterrepräsentierten

Bevölkerungsgruppen durch gezielte Motivierungsversuche zu heben (Bündnis für Gemeinnützigkeit 2010: 5).

Die Nationale Engagementstrategie formuliert zwar insgesamt das Ziel, die „subsidiäre Selbstorganisation einer lebendigen Bürgergesellschaft“ (Bundesregierung 2010: 5) zu fördern, doch zeigen die bisherigen Ausführungen, dass die zivilgesellschaftlichen Selbststeuerungspotenziale hierdurch kaum gestärkt werden. Hinzu kommt, dass die weitere Ausrichtung des NFEP nicht mehr im Aufgabenbereich des BBE liegt, sondern an eine erneut vom Bundesfamilienministerium geförderte Koordinierungsstelle in Trägerschaft des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. übergeben wurde, die das Ziel verfolgt, die Bundesregierung bei der Weiterentwicklung ihrer engagementpolitischen Arbeit zu unterstützen. Die Erstellung des ersten Engagementberichts der Bundesregierung obliegt zudem – ähnlich der Praxis in anderen Politikfeldern – einer Sachverständigenkommission, auf deren Zusammensetzung und Themenschwerpunkte die betroffenen zivilgesellschaftlichen Akteure keinen Einfluss haben (Bundesregierung 2010: 66-67; kritisch kommentiert in: Bündnis für Gemeinnützigkeit 2010: 14). All die bisher genannten Punkte veranlassen Rudolf Speth zu folgender resümierenden Einschätzung der Nationalen Engagementstrategie: „Das Papier vermittelt den Eindruck einer staatlich erzeugten und administrativ verwalteten Zivilgesellschaft. Von den Selbststeuerungs- und Selbstkoordinationspotenzialen der Zivilgesellschaft ist nicht die Rede.“ (Speth 2010)

Die vorgestellten Befunde zeigen, dass im Rahmen der Nationalen Engagementstrategie die Notwendigkeit der Mitwirkung zivilgesellschaftlicher Kräfte stets betont wird. Gleichzeitig werden sie durch die Aufforderung zur Mitarbeit im NFEP auch faktisch als Verantwortungsträger mobilisiert und in den Aushandlungsprozess der zukünftigen Engagementförderung einbezogen. Die konkrete Umsetzung der Vorschläge in der Nationalen Engagementstrategie verdeutlicht demgegenüber, dass die Bundespolitik zwar an einer Stärkung der Zivilgesellschaft interessiert ist, hierbei jedoch ein bestimmtes Bild der Bürgergesellschaft vor Augen hat und umzusetzen versucht. Dies lässt wenig Raum für die Kreativität sowie Selbstregulierungspotenziale der Zivilgesellschaft und zeugt von einem mangelnden Vertrauen staatlicher Akteure in die dort vorhandenen Kräfte. Die bundespolitischen Steuerungsambitionen sind folglich auch in Bezug auf das der Nationalen Engagementstrategie vorgeschaltete NFEP durch eine Dialektik aus *Mobilisierung* und *Regulierung* geprägt.

#### **4. Fazit: Zum Verhältnis von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung im Engagementbereich**

Die vorgestellten Ergebnisse lassen erstens darauf schließen, dass der Zusammenhang zwischen diskursiven Praktiken und institutionellen Strukturen im Bereich der Engagementpolitik weitaus komplexer ist als zunächst angenommen. Die eingangs vorgestellte These, dass der *Freiwilligen-Markt*-Diskurs durch die Bereitstellung neuer Deutungsangebote die Verabschiedung rechtlicher und institutioneller Vorgaben im Engagementbereich seit der Jahrtausendwende erst ermöglicht und legitimiert habe, muss dahingehend erweitert werden, dass auch umgekehrt ein Legitimationszusammenhang besteht. Indem sich das BBE oder die Nationale Engagementstrategie in der politischen Praxis auf die Argumente des bundespolitischen Diskurses beziehen und die Deutungsangebote so in konkretes politisches Handeln überführen, sanktionieren und verfestigen sie diese als legitime Deutungen. Die diskursive und die politische Praxis bedingen und legitimieren sich demzufolge gegenseitig (Schwab-Trapp 2002: 46-47).

Als zweites zentrales Ergebnis dieses Beitrags kann hervorgehoben werden, dass der bundespolitische Umgang mit dem Feld des bürgerschaftlichen Engagements durch eine spezifische Dialektik aus *Mobilisierung* und *Regulierung* gekennzeichnet ist. Dieses Spannungsverhältnis beeinflusst grundlegend das Verhältnis von staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren in engagementpolitischen Fragen. Am Beispiel des BBE und der Nationalen Engagementstrategie wurde gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Kräfte nicht nur verbal aufgewertet und mobilisiert werden, sondern ihnen auch konkrete Aufgaben in Zusammenarbeit mit politischen Akteuren übertragen werden. Im Gegensatz dazu zeigt der vorliegende Beitrag deutlich, dass auf bundespolitischer Ebene ein bestimmtes Bild von Zivilgesellschaft erzeugt und gleichzeitig versucht wird, dieses – ähnlich einem Verwaltungsakt – *top-down* umzusetzen. Der in Formaten wie dem BBE und besonders dem NFEP angestoßene Mobilisierungsprozess zivilgesellschaftlicher Akteure erfährt hierdurch eine gewisse Regulierung und kann z.T. in politisch als relevant eingeschätzte Bahnen gelenkt werden. Ob diese Steuerungslogik auf einen Rückzug des Staates oder auf eine Ausweitung der staatlichen Regulierungsreichweite bis hinein in die Zivilgesellschaft hindeutet, muss von Fall zu Fall entschieden werden.

Drittens zeigen die Ergebnisse, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure in den letzten Jahren allein schon aus legitimatorischen Gründen zu wichtigen Elementen modernen Regierens im Sinne von Governance entwickelt haben. Selbst wenn aktuell zwischen bundespolitischen und zivilgesellschaftlichen Akteuren noch keine Interaktion auf Augenhöhe stattfindet und es sich vielmehr um eine *staatlich gelenkte zivilgesellschaftliche Selbstregulierung* handelt, wurde die Position zivilgesellschaftlicher Akteure angesichts ihrer Einbeziehung in bundespolitische Entscheidungen deutlich gestärkt. Über die weitere Entwicklung des

Verhältnisses von staatlicher Steuerung und zivilgesellschaftlicher Selbstregulierung in engagementspezifischen Fragen lässt sich derzeit nur spekulieren. Denkbar wäre, dass zivilgesellschaftliche Kräfte in Anbetracht staatlicher Bevormundungstendenzen versuchen, ihren Einfluss über Kooperationsformen ohne politische Beteiligung, wie dem Bündnis für Gemeinnützigkeit, geltend zu machen. Ebenso möglich erscheint das Szenario, wonach die Bundespolitik den Ausbau kooperativer Governancestrukturen weiterhin forciert, mehr Vertrauen in die gesellschaftlichen Gestaltungskräfte entwickelt und hierdurch die bundespolitische Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure vorantreibt. In welche Richtung die Entwicklung auch gehen mag, fest steht, dass die Politik die (zivilgesellschaftlichen) Geister, die sie rief, nun höchstwahrscheinlich nicht mehr loswerden wird.

## 5. Literatur

- Alscher, Mareike u.a. (2009): Bericht zu Lage und Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland, Berlin: BMFSFJ.
- Behr, Karin/Liebig, Reinhard/Rauschenbach, Thomas (2000): Strukturwandel des Ehrenamtes. Gemeinwohlorientierung im Modernisierungsprozeß, Weinheim/Basel: Juventa.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1976): Staat, Gesellschaft, Freiheit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Benz, Arthur (2004): „Governance – Modebegriff oder nützliches sozialwissenschaftliches Konzept?“, in: Ders. (Hg.): Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11-28.
- Braun, Sebastian (2001): „Bürgerschaftliches Engagement – Konjunktur und Ambivalenz einer gesellschaftspolitischen Debatte“, in: Leviathan 29 (1), S. 83-109.
- Brömme, Norbert/Strasser, Hermann (2001): „Gesplante Bürgergesellschaft. Die ungleichen Folgen des Strukturwandels von Engagement und Partizipation“, in: APuZ 25-26, S. 6-14.
- Bundestags-Drucksache 14/8900 (2002): Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Gesetz vom 03.06.2002.
- Bundestags-Drucksache 16/12561 (2009): Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Britta Haßelmann, Kai Gehring, Ekin Deligöz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur geplanten Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung vom 21.04.2009.
- Evers, Adalbert (2009a): „Bürgerschaftliches Engagement. Versuch einem Allerweltsbegriff wieder Bedeutung zu geben“, in: Ingo Bode/Adalbert Evers/Ansgar Klein (Hg.): Bürgergesellschaft als Projekt, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 66-79.
- Evers, Adalbert (2009b): „Civiness and Civility: Their Meanings for Social Services“, in: Voluntas 20 (3), S. 239-259.
- Giddens, Anthony (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Hacket, Anne/Mutz, Gerd (2002): „Empirische Befunde zum bürgerschaftlichen Engagement“, in: APuZ 9, S. 39-46.
- Hartnuß, Birger/Klein, Ansgar/Olk, Thomas (Hg.) (2010): Engagementpolitik. Die Entwicklung der Zivilgesellschaft als politische Aufgabe, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Hartnuß, Birger/Klein, Ansgar/Olk, Thomas (2011): „Engagementpolitik“, in: Thomas Olk/Birger Hartnuß (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim/Basel: Juventa, S. 761-776.
- Kaufmann, Franz-Xaver (2009): Sozialpolitik und Sozialstaat. Soziologische Analysen, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Klages, Helmut (2000): „Die Deutschen – ein Volk von ‚Ehrenämtern‘. Ergebnisse einer bundesweiten Studie“, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 13 (2), S. 33-47.
- Klages, Helmut/Gensicke, Thomas (1998): „Bürgerschaftliches Engagement 1997“, in: Heiner Meulemann (Hg.): Werte und nationale Identität im vereinten Deutschland, Opladen: Leske + Budrich, S. 177-198.
- Kühnlein, Irene/Böhle, Fritz (2002): „Motive und Motivationswandel des bürgerschaftlichen Engagements“, in: Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Erwerbsarbeit, Opladen: Leske + Budrich, S. 267-297.
- Lessenich, Stephan (2009): „Mobilität und Kontrolle. Zur Dialektik der Aktivgesellschaft“, in: Ders./Klaus Dörre/Hartmut Rosa (Hg.): Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 126-177.
- Ludwig-Mayerhofer, Wolfgang/Behrend, Olaf/Sondermann, Ariadne (2009): Auf der Suche nach der verlorenen Arbeit. Arbeitslose und Arbeitsvermittler im neuen Arbeitsmarktregime, Konstanz: UVK.
- Newman, Janet (2001): Modernising Governance. New Labour, Policy and Society, London: SAGE.
- Notz, Gisela (1999): Die neuen Freiwilligen. Das Ehrenamt – eine Antwort auf die Krise?, Neu-Ulm: AG SPAK Bücher.

- Olk, Thomas/Jacob, Gisela (1991): „Sozialkulturelle Varianten ehrenamtlichen Engagements innerhalb des Caritasverbandes“, in: Neue Praxis 21 (5/6), S. 500-503.
- Priller, Eckhard (2011): „Dynamik, Struktur und Wandel der Engagementforschung: Rückblick, Tendenzen und Anforderungen“, in: Ders. u.a. (Hg.): Zivilengagement, Berlin/Münster: Lit., S. 11-40.
- Rosenblatt, Bernhard von (2000): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Freiwilligensurvey 1999: Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligkeit und bürgerschaftlichem Engagement. Bd.1: Gesamtbericht, Stuttgart: Kohlhammer.
- Roth, Roland (2004): „Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft. Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie“, in: Ansgar Klein u.a. (Hg.): Zivilgesellschaft und Sozialkapital, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, S. 41-64.
- Schimank, Uwe (1992): „Determinanten sozialer Steuerung – akteurstheoretisch betrachtet. Ein Themenkatalog“, in: Heinrich Bußhoff (Hg.): Politische Steuerung. Steuerbarkeit und Steuerungsfähigkeit, Baden-Baden: Nomos-Verlag, S. 165-192.
- Schröder, Gerhard (2000a): „Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft“, in: Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 47 (4), S. 200-207.
- Schwab-Trapp, Michael (2001): „Diskurs als soziologisches Konzept. Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse“, in: Reiner Keller u.a. (Hg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Bd. 1: Theorien und Methoden, Opladen: Leske + Budrich, S. 261-283.
- Schwab-Trapp, Michael (2002): Kriegsdiskurse. Die politische Kultur des Krieges im Wandel 1991-1999, Opladen: Leske + Budrich.
- Vormbusch, Uwe (2011): Die Herrschaft der Zahlen: Zur Kalkulation des Sozialen in der kapitalistischen Moderne, Frankfurt a.M./New York: Campus.

## 6. Onlinequellen

- Backhaus-Maul, Holger/Nährlich, Stefan/Speth, Rudolf (2009): In eigener Regie! Plädoyer für eine bessere (Selbst-)Steuerungs- und Leistungsfähigkeit der Bürgergesellschaft, URL: [http://www.aktive-buergerschaft.de/fp\\_files/Denkschrift\\_Buergerschaft\\_2009.pdf](http://www.aktive-buergerschaft.de/fp_files/Denkschrift_Buergerschaft_2009.pdf) (Stand: 04.09.2011).
- BBE, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (o.J.): Engagementpolitische Agenda, URL: <http://www.b-b-e.de/index.php?id=14380&L=%2Findex.php%25> (Stand: 27.12.2011).
- BBE, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2008): Netzwerk-Statuten Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, URL: [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/02/Netzwerk-Statuten\\_ebook.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/02/Netzwerk-Statuten_ebook.pdf) (Stand: 27.12.2011).
- BBE, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.) (2010a): Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Nationales Forum für Engagement und Partizipation, Bd. 3, Berlin, URL: [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen\\_materialien/engagementpolitik/nfep\\_band3\\_2010.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/engagementpolitik/nfep_band3_2010.pdf) (Stand: 10.12.2011).
- BBE, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (Hg.) (2010b): Engagementpolitik im Dialog. Kommentare und Stellungnahmen zur Engagementstrategie der Bundesregierung. Nationales Forum für Engagement und Partizipation, Bd. 4, Berlin, URL: [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen\\_materialien/engagementpolitik/nfep\\_band4\\_2010.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/engagementpolitik/nfep_band4_2010.pdf) (Stand: 10.12.2011).
- BBE, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (2011): Das Netzwerk im Überblick, URL: [www.b-b-e.de/index.php?id=14379&no\\_cache=1&L=http%2525253&cid=10194&did=3646&sechash=77e88ea6](http://www.b-b-e.de/index.php?id=14379&no_cache=1&L=http%2525253&cid=10194&did=3646&sechash=77e88ea6) (Stand: 27.12.2011).
- BMFSFJ, Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.) (2010): Hauptbericht des Freiwilligensurveys 2009. Zivilgesellschaft, soziales Kapital und freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004-2009, München, URL: [http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3\\_20Freiwillegensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf](http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/3_20Freiwillegensurvey-Hauptbericht,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf) (Stand: 20.12.2011).
- Bündnis für Gemeinnützigkeit (2010): Stellungnahme zur Nationalen Engagementstrategie der Bundesregierung, URL: [http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/\\_pdf/Nationale\\_Engagementstrategie\\_Stellungnahme\\_10122010.pdf](http://www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org/_pdf/Nationale_Engagementstrategie_Stellungnahme_10122010.pdf) (Stand 02.12.2011).

- Bundesregierung (2010): Nationale Engagementstrategie vom 6. Oktober 2010, Berlin, URL: [http://www.forum-engagement-partizipation.de/Nationale\\_Engagementstrategie\\_10-10-06.pdf](http://www.forum-engagement-partizipation.de/Nationale_Engagementstrategie_10-10-06.pdf) (Stand: 05.01.2012).
- CBE, Centrum für bürgerschaftliches Engagement (2005): Netzwerke der Engagementförderung in Deutschland. Eine explorative Studie mit dem Schwerpunkt der Förderpraxis in den Bundesländern, URL: [http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/studie\\_Ruttgers260905.pdf](http://www.engagiert-in-nrw.de/pdf/studie_Ruttgers260905.pdf) (Stand: 10.12.2011).
- Haupt, Peter (2002): Rede anlässlich der Auswertungstagung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen in Berlin, URL: [www.b-b-e.de/index.php?id=1129&no\\_cache=1&L=%2Findex.php%3Fpg%3D..%2F..%252&cid=10691&did=1741&sechash=2f08a7ed](http://www.b-b-e.de/index.php?id=1129&no_cache=1&L=%2Findex.php%3Fpg%3D..%2F..%252&cid=10691&did=1741&sechash=2f08a7ed) (Stand: 05.01.2012).
- Hecken, Josef (2010): „Geleitwort“, in: BBE (Hg.): Engagement ermöglichen – Strukturen gestalten. Handlungsempfehlungen für eine nationale Engagementstrategie. Nationales Forum für Engagement und Partizipation, Bd. 3, Berlin, S. 5, URL: [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen\\_materialien/engagementpolitik/nfep\\_band3\\_2010.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/themen_materialien/engagementpolitik/nfep_band3_2010.pdf) (Stand: 10.12.2011).
- Olk, Thomas (2011): Information des Koordinierungsausschusses über die Arbeitsbilanz des BBE für das Jahr 2010 und die Förderpolitik des BMFSFJ gegenüber der Geschäftsstelle des BBE, URL: [http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4\\_arbeitsbilanz\\_koa.pdf](http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/04/nl4_arbeitsbilanz_koa.pdf) (Stand: 05.09.2011).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2001): Bürgerschaftliches Engagement ist unverzichtbar, URL: <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/PRM-18403-Broschure-Mitmachen--mithelfen,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (Stand: 01.04.2011).
- Rau, Johannes (2000): Rede anlässlich der Auftaktveranstaltung zum Internationalen Jahr der Freiwilligen in Deutschland am 05.12.2000 in Bonn, URL: <http://www.b-b-e.de/index.php?id=1129&L=%2F%3F%3D> (Stand: 01.09.2011).
- Schröder, Gerhard (2000b): Rede anlässlich des Kongresses „Unternehmen und bürgerschaftliches Engagement: Aufbruch zu neuer Verantwortung“ am 23.11.2000 in Berlin, URL: <http://www.b-b-e.de/index.php?id=1129&L=%2F%3F%3D> (Stand: 12.07.2011).
- Speth, Rudolf (2010): Reaktionen auf die Nationale Engagementstrategie. Nachrichtendienst Aktive Bürgerschaft, URL: [http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/nachrichtendienst/politik\\_und\\_staat/engagementstrategie](http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/nachrichtendienst/politik_und_staat/engagementstrategie) (Stand: 05.09.2011).
- Zimmer, Annette (2010): Der Neckermann-Katalog der Bundesregierung. Nachrichtendienst Aktive Bürgerschaft. Reaktionen auf die Nationale Engagementstrategie, URL: [http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/nachrichtendienst/politik\\_und\\_staat/engagementstrategie/zimmer](http://www.aktive-buergerschaft.de/buergergesellschaft/nachrichtendienst/politik_und_staat/engagementstrategie/zimmer) (Stand: 20.12.2011).

## Reihe Opuscula (Auszug)

Kostenfreier Download unter [www.opuscula.maecenata.eu](http://www.opuscula.maecenata.eu)

---

2009	Nr. 37	<b>Zivilgesellschaftspolitik in Japan.</b> Die Entwicklung der organisierten Zivilgesellschaft. <i>Daniel Backhouse, Robert Hoffmann und Christian Schreier</i>
	Nr. 38	<b>Maecenas Erben. Vom Mäzenatentum zum Sponsoring?</b> Gründungsideen und heutige Organisationsformen deutschsprachiger Kultureinrichtungen in Italien. <i>Corinna Pregla</i>
	Nr. 39	<b>Der zivilgesellschaftliche Mehrwert</b> Beiträge unterschiedlicher Organisationen <i>Amanda Groschke, Wolfgang Gründinger, Dennis Holewa, Christian Schreier und Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 40	<b>Zivilgesellschaft in der Stadt- und Raumentwicklung</b> <i>Elke Becker</i>
<hr/>		
2010	Nr. 41	<b>Bürgergesellschaftskonzepte</b> Programmatistische und demokratietheoretische Betrachtung von Reformleitbildern der SPD und CDU <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 42	<b>50 Jahre DESY</b> Zur Rechtsformproblematik einer vom Staat gegründeten Stiftung <i>Wibke Eggers</i>
	Nr. 43	<b>Engagierte Menschen</b> Vier Fallstudien <i>Priska Daphi, Angela Berger, Sandra Rasch und Anna Steinfort</i>
	Nr. 44	<b>Transparenz, Akzeptanz und Legitimität</b> Der Bund der Vertriebenen in zivilgesellschaftlicher Perspektive <i>Eva Maria Hinterhuber und Rupert Graf Strachwitz</i> Mitarbeit: <i>Christoph Kahlert</i>
	Nr. 45	<b>Erfolgskritische Governancestruktur in Netzwerken</b> <i>Alexander Freiherr v. Strachwitz</i>
	Nr. 46	<b>Transparenz in der Zivilgesellschaft</b> <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
<hr/>		
2011	Nr. 47	<b>Zivil-militärische Zusammenarbeit in Krisengebieten</b> Aktuelle Forschungsergebnisse mit zivilgesellschaftlichem Fokus <i>Andreas Werner</i>
	Nr. 48	<b>Der neue Bundesfreiwilligendienst</b> Eine kritische Bewertung aus Sicht der Zivilgesellschaft <i>Rupert Graf Strachwitz</i>
	Nr. 49	<b>Die Legitimität von Stiftungen und philanthropischem Handeln</b> Eine theoretische Annäherung an den Fallbeispielen Bertelsmann Stiftung und The Giving Pledge <i>Carolin Häberlein, Johannes Nössler und Stefanie Vorberger</i>
	Nr. 50	<b>Empirische Studien zur Zivilgesellschaft</b> Stiftungen, Bibliotheken, Internet <i>Rainer Sprengel</i>
	Nr. 51	<b>Massenverfassungsbeschwerden beim Bundesverfassungsgericht</b> Versuche der Revision von Rechtsnormen durch Bürgerinitiativen <i>Christian Schreier</i>
	Nr. 52	<b>Quo vadis Deutschlandstipendium</b> Studie zur Spenden- und Stipendienkultur in Deutschland <i>Michael Beier</i>
<hr/>		
2012	Nr. 53	<b>Bürgerstiftungsschelte. Anspruch und Wirklichkeit von Bürgerstiftungen.</b> Eine Fallstudie am Beispiel der Region Vorderes Fließtal/ Baden-Württemberg <i>Annette Barth</i>
	Nr. 54	<b>Zivilgesellschaft und Integration</b> Eine kritische Auseinandersetzung mit dem Integrationsbegriff und der Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements – drei Fallbeispiele <i>Karsten Holler, Thomas Pribbenow und Stefan Wessel</i>
	Nr. 55	<b>Der Armutsdiskurs im Kontext der Zivilgesellschaft</b> Drei Studien über Wirkungsmessung und Wahrnehmung als Erfolgsfaktoren <i>Markus Edlefsen, Johanna Mielke und Marius Mühlhausen</i>
	Nr. 56	<b>Das philanthropische Netzwerk und sein Stellenwert für die Stadtentwicklung</b> <i>Colin Beyer</i>

---

URN: urn:nbn:de:0243-042012op577

ISSN (Reihe Opuscula) 1868-1840